

Pressemitteilung

Regional vernetzt in eine kohlekraftwerksfreie Zukunft

Beirat des Bündnisses diskutiert mit den UmweltdezernentInnen von Mainz und Wiesbaden

Mainz / Wiesbaden, 30.09.2010: „Dieses sinnlose Verfahren muss nicht nur zum Ruhen gebracht – es muss endlich endgültig beendet werden!“ Dies forderten in Übereinstimmung mit allen Anwesenden die UmweltdezernentInnen der beiden Landeshauptstädte Rita Thies (Wiesbaden) und Wolfgang Reichel (Mainz) anlässlich der **Beiratssitzung des Bündnisses im Bürgerhaus Kastel am 29.09.2010**. Nachdem der Wiesbadener OB Dr. Müller die KMW aufgefordert hat, die Errichtung eines zweiten GuD-Gaskraftwerks auf der Ingelheimer Aue zu prüfen, erscheint es immer unsinniger, gleichzeitig einen Prozess um die ersten Teilbaugenehmigungen für das politisch, wirtschaftlich und ökologisch längst überholte Kohlekraftwerk zu führen. Beide Magistratsmitglieder als Vertreter der Eigentümerstädte richteten eine eindeutige Aufforderung an die stadt eigene Kraftwerksgesellschaft, statt dessen endlich aktiv den Ausbau regenerativer Energien zu unterstützen, wofür ein weiteres Gaskraftwerk als Übergangstechnologie durchaus eine sinnvolle flankierende Maßnahme sein könnte.

Die Mehrzahl der im Beirat des Bündnisses vertretenen 30 Institutionen war der Einladung ihres Sprechers Dr. Konrad (CDU Mainz) gefolgt, um Maßnahmen und Konzeptionen zur regenerativen Gewinnung von Energie in beiden Städten zu diskutieren. Wiesbaden hat sich das Ziel gesetzt, bis 2020 20% des eigenen Energiebedarfs regenerativ zu erzeugen, in Mainz sollen es sogar 30% werden. Hierzu ist, wie Thies erläuterte, eine Vielfalt von koordinierten Einzelmaßnahmen nötig, zu denen auch strittige Projekte wie das für Biebrich geplante Biomassekraftwerk zählen. Reichel wies für Mainz auf die geplante Klärschlammverbrennung in Mombach hin und erläuterte die Notwendigkeit, nicht nur Abfälle lokal zu entsorgen, sondern auch zukünftig Strom und Heizwärme vollständig in der Region zu erzeugen, um nicht weiter dem Preisdiktat der Energiemultis ausgesetzt zu bleiben.

In dieser Vision stimmte der Beirat mit den Politikern überein, dagegen wurde intensiv diskutiert, ob die interkommunale Abstimmung aller Projekte heute wirklich schon früh und intensiv genug erfolge, oder ob nicht doch jede Stadt zunächst ihre ureigensten – vor allem wirtschaftlichen – Ziele verfolge. Insbesondere die Luftreinhaltung dürfe hierbei nicht ins Hintertreffen geraten, denn auch die Verbrennung nachwachsender Stoffe erzeuge zusätzliche Emissionen, selbst wenn sie andererseits den globalen Klimaschutzziele der CO₂-Reduktion diene.

Der Beirat des Bündnisses beschloss anschließend, sich regelmäßig mindestens halbjährlich zu treffen, um die Diskussion über die Zukunft der Energieversorgung in der Region auch nach dem absehbaren Ende des KMW-Kohlemonsters fortzuführen. Dr. Konrad abschließend: „Ein so breiter, Stadt- und Landesgrenzen übergreifender und das gesamte politische Spektrum umfassender Zusammenschluss wie das Bündnis wird als Forum auch in Zukunft einige wichtige Rolle spielen. Wo sitzt sonst schon der gebündelte Sachverstand von Parteien, Bürgerinitiativen, Verbände und Kommunalvertretern so einvernehmlich an einem Tisch, um sich gemeinsam über Zukunftsfragen auszutauschen?“

Erläuterung:

Das Bündnis konstituierte sich 2008 als Diskussionsplattform für alle Fragen der regionalen Energieversorgung. Der 30-köpfige Beirat bildet die Vielfalt der Gründungsorganisationen aus Politik und Bürgergesellschaft ab.

Siehe http://www.buendnis-mainz-wiesbaden.de/vorstand_und_beirat.html .